

Interviewmöglichkeit: Brasilien – 3. Jahrestag des Desasters von Mariana

Am 5.11. jährt sich das Desaster von Mariana. Am jenem Donnerstag im Jahr 2015 brach der Damm des Rückhaltebeckens der Eisenerzmine der Firma Samarco nahe der Kleinstadt Mariana im Bundesstaat Minas Gerais im Südosten Brasiliens. Millionen von Kubikkilometern gefährlichen Bergwerksschlamms machten sich auf den 680 km langen Weg bis zum Meer. Auf diesem Weg begrub ein Tsunami aus Schlamm Menschen, Häuser, Kirchen und ganze Dörfer unter sich. Der Schlamm tötete 19 Menschen. Er verseuchte das Wasser und den Boden für unabsehbare Zukunft. Das Desaster von Mariana gilt als die „größte Umweltkatastrophe in der Geschichte Brasiliens“.

Betroffene des Bergwerk-Desasters kämpfen seit fast drei Jahren für eine Entschädigung. Projektpartner/innen der Dreikönigsaktion Letícia Soares Peixoto Aleixo und Douglas Krenak berichten in Wien über die Auswirkungen der Katastrophe und den Kampf um Wiedergutmachung.

Am Donnerstag, 8.11.2018 (14-17 Uhr) und Freitag, 9.11. (9-11 Uhr) stehen Letícia Soares Peixoto Aleixo und Douglas Krenak nach Terminvereinbarung für Interviews zur Verfügung. Die beiden Projektpartner/innen der Dreikönigsaktion sprechen portugiesisch – für Übersetzung ist gesorgt.

Das indigene Volk der Krenak ist von dieser Umweltkatastrophe stark betroffen. Die Universität von Minas Gerais führte 2016 eine umfassende Studie zu den Auswirkungen des Bergbau-Desasters auf das Volk der Krenak durch. Drei Jahre nach dem Dambruch sind auch zig juristische Verfahren gegen das brasilianische Unternehmen Samarco Mineração S.A. und die sie kontrollierenden Aktionärsfirmen, die australisch-britische

BHP Billiton Brasil Ltda. und die brasilianische Vale S.A., eingereicht worden.

Auch österreichische Aktienbeteiligungen und Anleihen an den Aktionärsfirmen konnten in Höhe von insgesamt 63 Millionen Euro im Zeitraum von 2010-2018 nachgewiesen werden. Die juristischen Mühlen mahlen langsam und die Betroffenen bleiben auf der Strecke.

Zurzeit ist das Ziel die Einbringung einer Beschwerde bei der interamerikanischen Kommission für Menschenrechte. Diese ist ein unabhängiges Organ der Organisation Amerikanischer Staaten mit Sitz in Washington. Die Beschwerde bei der interamerikanischen Kommission für Menschenrechte könnte zu deutlichen Empfehlungen der Kommission an den brasilianischen Staat führen. Das interamerikanische Menschenrechtssystem hat große Bedeutung, weil seine Entscheidungen formal rechtlich bindend sind. Die Beschwerde soll zum 3. Jahrestag des Desasters am 5.11.2018 eingebracht werden.

Douglas Krenak ist Journalist und gehört zum indigenen Volk der Krenak. Schon sein Vater hat sich mit großem Einsatz für mehr Respekt und Anerkennung sowie gleiche Rechte für die Krenak eingesetzt. Als Journalist (er hat auf der UNIVALE studiert) führt er nun den Kampf seines Vaters weiter. Als Vorsitzender des Rates der Indigenen Völker von Minas Gerais-COPING vertrat er die Anliegen der Indigenen Völker des gesamten Bundesstaates, hat an einer Studie zum Thema Ernährungssicherheit (2009) aktiv mitgearbeitet, hält Vorträge, Seminare um die Kultur seines Volkes bekannt zu machen und Vorurteile abzubauen.

Letícia Soares Peixoto Aleixo ist Uniprofessorin und Anwältin mit Schwerpunkt auf internationalem Recht und Menschenrechte. Sie ist Gründungsmitglied des Projektes „Clinica de Direitos Humanos“ (wörtl. Menschenrechtsklinik) der staatlichen Universität. In diesem Kontext begleitet sie auch die Krenak Indigenen. Sie ist Gutachterin für die Ombudsstelle des

Bundesstaates Minas Gerais in Mariana und die lokale Caritas, die vom Dambruch betroffene Familien dabei unterstützt zu ihrem Recht zu kommen.

Rückfragen:

Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar;

Christian Herret: christian.herret@dka.at

Mobiltel. 0676/88 011 – 1071; Tel: 01/481 09 91-41,

Wilhelminenstraße 91/2 f, 1160 Wien,

www.dka.at

Interviewmöglichkeit: Juan Carlos Figueredo (Argentinien). Begegnungen, die bewegen!

Von 8. – 19. Oktober ist ein langjähriger Projektpartner von Welthaus Diözese Graz-Seckau zu Gast in Österreich:

Juan Carlos Figueredo setzt sich in der argentinischen Organisation INCUP0 für die Rechte von Kleinbauern und Indigenen und gegen die zunehmende Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen ein. Er bietet Einblicke in die aktuelle Situation in seiner Heimat und zeigt Hintergründe und globale Zusammenhänge auf.

Mögliche Interview-Termine in Wien sind: Mo., 8.10. (Vormittag) oder Fr., 12.10. (Nachmittag).

Bei Interesse ersuchen wir Sie um Rückmeldung (Kontakt siehe unten).

Saftige Rindersteaks, kräftigen Rotwein und aromatischen Käse lassen sich viele ÖsterreicherInnen gerne schmecken. Ein Teil davon stammt aus heimischer Landwirtschaft. Doch viele Lebensmittel haben einen weiten Weg hinter sich. Argentinien etwa setzt seit Jahren massiv auf den Export von landwirtschaftlichen Produkten. Für das Agrobusiness ist die Produktion von Soja, Fleisch, Mais, Zuckerrohr, Sonnenblumen, Ethanol, ... ein gutes Geschäft. Doch die Schattenseiten dieses Wirtschaftssystems sind nicht zu übersehen: Massive Abholzungen und Landvertreibungen, neue Formen der Sklaverei, Wassermangel und die Vergiftung von Mensch und Natur durch Pestizide.

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay) droht die schweren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krisen in Lateinamerika weiter zu verschärfen. Das Abkommen würde bedeuten, die Produktion auszuweiten, Handelsbarrieren zu verringern und Importquoten zu erhöhen. Auch die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Österreich käme weiter unter Druck. Mit Billigfleisch von riesigen Geflügel- und Rinderfarmen in Südamerika können unsere Landwirte nicht mithalten.

INCUP0 ist eine langjährige Partnerorganisation von Welthaus Diözese Graz-Seckau.

<http://graz.welthaus.at/termine/>

Für Rückfragen und Interviewvereinbarungen:

Mag. Christian Köpf

Öffentlichkeitsarbeit

Welthaus Diözese Graz-Seckau

Bürgergasse 2, 8010 Graz

Telefon: +43316 324556 19

Mobil: +43676 87423019

eMail: christian.koepf@welthaus.at

Exklusive Treffen mit Verteidigerinnen von Menschenrechten in Wien

Im Rahmen der Kampagne *Es beginnt hier. Schreiben wir Geschichte* setzt sich Amnesty International Österreich für Menschenrechtsverteidigerinnen ein. Dabei handelt es sich um Frauen, die für die Rechte aller Menschen kämpfen, sowie Aktivist*innen jeden Geschlechts, die sich für Frauenrechte engagieren.

Menschenrechtsverteidigerinnen sind mit besonderen Herausforderungen und Gefahren konfrontiert. Oft drohen ihnen aufgrund ihres Engagements zusätzliche Stigmatisierung, Verfolgung, Diffamierung oder sexuelle Gewalt. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten haben sich dazu verpflichtet, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen sicherzustellen. Anlässlich der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft fordern wir daher von der österreichischen Bundesregierung, den Schutz und die Sicherheit von internationalen Menschenrechtsverteidigerinnen ernst zu nehmen und auf die Agenda der EU-Außenpolitik zu setzen.

Nächsten Woche gibt es zwei Möglichkeiten in Wien, Menschenrechtsverteidigerinnen aus der ganzen Welt zu treffen und mit ihnen Interviews zu führen.

**29. August 2018 – Expert*innenseminar zu
Menschenrechtsverteidigerinnen „DEFENDING WOMEN –**

DEFENDING RIGHTS“

Anlässlich des EU-Außenminister*innentreffens in Wien lädt Amnesty International zu einem Expert*innenseminar am 29. August 2018 im Haus der Europäischen Union ein, um die politischen Entscheidungsträger*innen an ihre Verpflichtung zu erinnern, Menschenrechtsverteidiger*innen zu stärken und zu schützen – und zwar im realen Leben, nicht nur am Papier. Frauen, die in verschiedenen Regionen zu Menschenrechtsthemen arbeiten, werden mit EU- und Regierungsvertreter*innen über mögliche Schutzmechanismen für Menschenrechtsverteidiger*innen diskutieren.

Informationen auf Englisch finden sie unter:
<https://www.amnesty.at/mitmachen/kampagnen/news-events/defending-women-defending-rights/>

INTERVIEWMÖGLICHKEIT – Bei Interesse koordinieren wir gerne einen Termin:

Folgende Menschenrechtsverteidigerinnen stehen für Interviews auf Englisch zur Verfügung. Nähere Informationen zu den Interviewpartnerinnen finden sie unter <https://synology.amnesty.at:5001/sharing/rAPHChVYH>.

- **Maria Teresa Rivera**, Aktivistin für sexuelle und reproduktive Rechte. El Salvador/Schweden
- **Klementyna Suchanow**, Frauenrechtsaktivistin *Polish Women on Strike*, Polen
- **Kania Mamonto**, Asia Justice and Rights (AJAR), Indonesien
- **Wangui Kimari**, Mathare Social Justice Centre, Kenia
- **Evdokia Romanova**, Aktivistin für sexuelle und reproduktive Rechte, Russland/Österreich

30. August 2018 – Matinee Österreichisches Parlament „Frauen – verteidigen –Menschenrechte“

Die zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures empfängt

internationale Menschenrechtsverteidigerinnen, die auf Einladung von Amnesty International Österreich in Wien sind, in der Wiener Hofburg. Kania Mamonto und Evdokia Romanova werden zu diesem Anlass neben der zweiten Nationalratspräsidentin Doris Bures und Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich, sprechen. Amnesty International begrüßt diesen Akt der Republik Österreich, die wichtige Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen anzuerkennen.

Anmeldung zur Matinee unter:
<https://www.parlament.gv.at/SERV/VER/AKT/300818>

Für die Teilnahme an den Veranstaltungen oder zur Koordinierung eines Interviewtermins wenden Sie sich bitte an:
presse@amnesty.at oder 0664 4001056.

Newsletter 2/2018

Sehr geehrte Damen und Herren, dreimal im Jahr stellt die Informationsstelle für Journalismus & Entwicklungspolitik (ISJE) einen redaktionellen Newsletter mit Informationen, Kontakten und Hinweisen für JournalistInnen zusammen. Dieses Mal mit folgenden Themen:

- **Nicaragua** – Eine Analyse des Lateinamerika-Experten Ralf Leonhard. [MEHR](#)
- **UN Sustainable Development Goals – die nachhaltigen Entwicklungsziele: Weltweit wichtig, regional richtig!** Recherche-Hinweise, Links, Projekte, Ideen. [MEHR](#)

- **SDGs** : Eine Analyse von SDG-Watch Österreich. [MEHR](#)
 - **(SDG) Termine:** FAIR Styria – Informationsveranstaltung: Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung – Was können Bund, Länder und Gemeinden leisten, 26.6.2018, Graz. Mehr Infos und **österreichweite Termine** siehe unten.
-

Internationale Wahlen...im globalen Süden

- **Juli 2018 Parlamentswahl und Präsidentschaftswahlen in Simbabwe:**Die Wahlen müssen laut Verfassung vor Ablauf der Legislaturperiode des Parlaments, d. h. vor dem 21. August 2018 stattfinden. Eine Verschiebung der Wahlen erschien nach dem Militärputsch 2017 Die regierende ZANU-PF mit Staatspräsident Emmerson Mnangagwa sprach zunächst von September 2018, setzte sich dann aber auf Juli 2018 fest. Für die größte Oppositionspartei MDC soll, nach dem Tod von Morgan Tsvangirai im Februar 2018, Nelson Chamisa ins Rennen gehen.
- **Juli Präsidentschaftswahl in Mali:** Der ehemalige Finanz- und Wirtschaftsminister Mamadou Igor Diarra ist einer der rund 15 Kandidaten, die bei der Präsidentschaftswahl am 29. Juli gegen Amtsinhaber Ibrahim Boubacar Keita antreten. Anfang Juni kam es zu Demonstrationen für eine transparente und glaubwürdige Wahl.
- **Juli Parlamentswahl und Präsidentschaftswahlen in Mexiko:** Mit der Wahl von insgesamt 3.400 MandatsträgerInnen, darunter des Präsidenten, 128 Senatorenposten, 500 Abgeordnete und fast 2.800 lokale VertreterInnen wird es die größte und umfassendste Wahl in der Geschichte des Landes. Mehreren Umfragen zufolge zeichnet sich ein Sieg des linksgerichteten Kandidaten Andrés Manuel López Obrador ab. Es hatte schon 2006 und 2012 für das Amt an der Staatsspitze kandidiert.
- **Juli Parlamentswahl in Pakistan:** Ende Mai haben sich

Regierung und Opposition auf einen Übergangs-Regierungschef verständigt: Nasir ul Mulk, ist ein früherer Vorsitzender Richter des Obersten Gerichts und wird bis zum Amtsantritt der neuen Regierung die Staatsgeschäfte führen. In Pakistan ist es üblich, dass die amtierende Regierung vor Wahlen abtritt, um deren Neutralität zu sichern.

- **Juli Parlamentswahl in Kambodscha:** Seit über drei Jahrzehnten regiert Ministerpräsident Hun Sen von der Cambodian People's Party (CPP) und will das Amt weiterhin besetzen. Ende 2017 hat die Regierung die wichtigste Oppositionspartei, die Cambodian National Rescue Party, aufgelöst. Kritische Medien wurden verboten.

Nachrichten und Analysen zu Lateinamerika finden Sie unter: <https://amerika21.de/>

Termine:

- **20. Juni 2018:** Anlässlich des **Weltflüchtlingstages** am 20. Juni gibt es in Straß in der Steiermark im Rahmen des EU-geförderten Projekts „Snapshops from the Borders“ einen Thementag mit verschiedenen Veranstaltungen: Ein Highlight ist eine **Lesung aus dem Buch „Mein Weg vom Kongo nach Europa“** von Emmanuel Mbolela. Außerdem gibt es die **Ausstellung „Lebenslinien“** mit Portraits von Menschen unterschiedlicher Herkunft, kurze Präsentationen zum Thema Flucht und Migration, sowie eine **Verkostung von Speisen** aus aller Welt. Mehr: suedwind.at/stmk
- **Mai und Juni 2018: Faire Wochen Steiermark**
Initiativen und Organisationen sowie die steirischen Fairtrade-Gemeinden laden zu Veranstaltungen zu den Themen **Globale Verantwortung** und **Entwicklungszusammenarbeit** ein. Im Fokus stehen heuer

die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), sowie Menschenrechte: Höhepunkt ist der **FairStyria-Tag** am 26. Juni 2018.

- 22. Juni.2018: [Women on Air – SDGs vermitteln](#) : Dieser Workshop will Community-Radiomacher*innen für feministische Themen im Kontext der SDGs sensibilisieren. Die Teilnahme ist kostenlos. All genders welcome. Anmeldung unter: womenonair@o94.at
- 26.06.2018 Was können Bund, Länder und Gemeinden zur Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in Österreich leisten? SDG-Informationsveranstaltung im Steirischen Landtag im Zuge von FairStyria <http://www.fairstyria.at/cms/ziel/97760936/DE/>
- 26.06.2018: [Junge Stimmen für die Sustainable Development Goals](#) Das Umweltbundesamt und die Jugend-Umwelt-Plattform JUMP laden in Kooperation mit der ÖFSE zu Diskussion und Ausstellungseröffnung mit Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen ein! <http://www.jugendumwelt.at/de/kalender/jungestimmen>
- **Bis Ende Juni** hält Südwind Niederösterreich beinahe **täglich Workshops an Schulen** zur Produktion von Kleidungsstücken, Smartphones, Schokolade, Fußbällen oder Palmöl ab. Bei jedem Workshop – ua. in Mödling, Tulln, Guntramsdorf, Schwechat – gibt es einen Fototermin mit Gemeindevertretung. JournalistInnen sind herzlich eingeladen. Weitere Veranstaltungsorte, Uhrzeiten und Infos gibt es bei Jana Teynor, teynor@suedwind.at
- **22./23. Juni 2018:** Burg Schlaining WELT WEITER DENKEN. SOL-Symposium und mit namhaften Experten/Expertinnen zu den nachhaltigen UN-Entwicklungszielen und ihrer Bedeutung für die Zivilgesellschaft auseinander. Inkl. Burg-Fest. <http://nachhaltig.at/symposium/>
- Bis **September 2018** zeigen im Rahmen des **Festival La Gacilly-Baden Photo** die besten FotografInnen der Welt zum Thema „I LOVE AFRICA“ faszinierende Bilderwelten in einer vier Kilometer langen Open-Air-Galerie, in der

Gartenkunst und Fotokunst verschmelzen. Mehr:
<http://festival.lagacilly-baden.photo>

- **26.08.2018:** Forum Alpbach: Dialog Entwicklung: Die UN-Nachhaltigkeitsziele in der Praxis (in Kooperation mit ADA-Austrian Development Agency)Speakers: Ban-Ki-Moon, Martin Ledolter
<https://www.alpbach.org/de/person/ki-moon-ban/>
- **ÖKO FAIR –Die Tiroler Nachhaltigkeitsmesse**
Von **August bis 2. September 2018** es die erste Tiroler Nachhaltigkeitsmesse – die ÖKO FAIR geben. Es warten zahlreiche AusstellerInnen sowie aktuelle Trends aus den Bereichen Mode & Textilien, Ernährung, Lifestyle, Outdoor und Tourismus und ein breites und vielfältiges Rahmenprogramm zu einem nachhaltigen Lebensstil. Im Rahmen der Messe findet die Veranstaltung „Eine Geschichte aus der Zukunft: die Agenda 2030 wurde erfolgreich umgesetzt“ mit Nadia Prauhart statt.Mehr:
<http://www.oeko-fair.at/de/>

Newsletter abonnieren? Bitte einfach & formlos eine Mail an
[office\(at\)isje.at](mailto:office(at)isje.at)

[Interviewmöglichkeit am 15.5:](#) [Der Fall Mariana, Brasilien](#)

Intervieweinladung:

Am 5. November 2015 brach der Damm des Rückhaltebeckens der Eisenerz-Mine der Firma Samarco nahe der Kleinstadt Mariana im Bundesstaat Minas Gerais im Südosten Brasiliens. Millionen von Kubikmetern gefährlichem Bergwerksschlamm machten sich auf den

680 Kilometer langen Weg bis zum Meer. Auf diesem Weg begrub ein Tsunami aus Schlamm Menschen, Häuser, Kirchen und ganze Dörfer unter sich und tötete 19 Menschen. Er verseuchte das Wasser und den Boden für unabsehbare Zeit. Das Desaster von Mariana gilt als die größte Umweltkatastrophe in der Geschichte Brasiliens. Zweieinhalb Jahre nach der Katastrophe sind immer noch viele Verfahren gegen die Behörden, das brasilianische Unternehmen Samarco und die Aktionärsfirmen und Bergbaugiganten BHP Billiton und Vale anhängig und die Betroffenen warten weiterhin auf angemessene Entschädigung.

Maria José Horta Carneiro Silva ist eines der Opfer. Gemeinsam mit Joceli Andrioli von der „Bewegung der Staudambetroffenen“ ist sie auf Einladung der Dreikönigsaktion zu Gast in Wien und steht am 15.5.2018 ab 12.00 nach Terminvereinbarung für ein Interview zur Verfügung. Die beiden Gäste sprechen portugiesisch, für Übersetzung ist gesorgt.

Zu den Personen:

Maria José Horta Carneiro Silva, genannt Lilica, lebte in der Gemeinde Ponte do Gama, im ländlichen Bereich des Bezirks Mariana, im Bundesstaat Minas Gerais. Sie wohnte zusammen mit ihrem Ehemann und ihrer zwölfjährigen Tochter auf einem Bauernhof, auf dem sie auch arbeitete. Die Aufgaben von Lilica auf diesem Hof waren die Milchproduktion für ihre Familie und der Anbau von Eukalyptus für die Besitzer des Betriebs. Ihre Eltern lebten in einem Haus oberhalb von ihrem, in derselben Gemeinde. Lilica war nicht Eigentümerin des Landes, auf dem sie lebte. Durch den Bruch des Staudamms von Samarco wurde ihr Haus zerstört und das Land, auf dem sie arbeitete, ist bis heute von giftigen Schlammablagerungen bedeckt. Für die Landwirtschaft ist es nicht mehr nutzbar. Ihre Mutter bekam nach dem Staudammbruch eine starke allergische Reaktion. Lilica kämpft für das Recht auf Entschädigung und die vollständige Registrierung und Entschädigung der Geschädigten und ist Aktivistin der Bewegung der Staudambetroffenen.

Joceli Andrioli wurde 1979 im Bezirk Itá im brasilianischen Bundesstaat Santa Catarina geboren. Er stammt aus einer kleinbäuerlichen Familie, die 1987 durch den Bau des Staudamms Itá vertrieben wurde. Die Familie verlor nicht nur das Land, auf dem sie als Pächter lebte und arbeitete, sondern auch ihre Lebensgrundlage.

Zusammen mit den anderen Kleinbauern von Itá schlossen sie sich der „Bewegung der Staudambetroffenen“ an. Nach langen Kämpfen erreichten die Bewohner von Itá schließlich im Jahr 1990, dass sie in den Bezirk Campo-Erê in Santa Catarina umgesiedelt wurden. Seit Ende der 90er Jahre ist Joceli Aktivist gegen den Bau und die negativen Wirkungen von Staudämmen und arbeitete in den Bewegungen zum Staudamm Machadinho im Uruguai-Flussbett, im Widerstand gegen den Bau der Staubecken im Rio Chopim im Bundesstaat Paraná und zu den Wirkungen des Staudammbruchs von Mariana im Flusslauf im Bundesstaat Espírito Santo.

Die „**Bewegung der Staudambetroffenen**“ (Movimento dos Atingidos por Barragens – MAB) ist eine wichtige Partnerorganisation der Dreikönigsaktion in Brasilien. Mehr Informationen: <http://www.mabnacional.org.br/>

Veranstaltungsankündigung: [14. Mai 2018, Brasilien: Das Bergbau-Desaster von Mariana](#)

Ausführliche Infos zur Katastrophe von Mariana: <https://www.dka.at/schwerpunkte/das-desaster-von-mariana/>

Terminvereinbarung & Rückfragen:

Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar;
Christian Herret: christian.herret@dka.at
Mobiltel. 0676/88 011 – 1071; Tel: 01/481 09 91-41,
Wilhelminenstraße 91/2 f, 1160 Wien,
www.dka.at

LATEINAMERIKA IM SUPERWAHLJAHR 2018 – Zwischen Rechtsruck und Paradigmenwechsel

Eine Analyse des Lateinamerika-Experten Leo Gabriel

Es ist fast ein Vierteljahrhundert her, dass in der Mehrzahl der Länder auf dem lateinamerikanischen Kontinent innerhalb eines Jahres gewählt wurde. Damals, ein paar Jahre nach der so genannten „Wende“ in Europa, wurde der in die Amtszeit von George Bush Senior fallende Aufstieg der Rechten durch die Abwahl der Sandinisten eingeleitet. Heute, da sich in Mexiko, El Salvador, Costa Rica, Kolumbien, Venezuela, Brasilien und Paraguay linksliberale und rechtsextreme KandidatInnen auf Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen (meist sogar beides) vorbereiten, scheint die Lage ähnlich zu sein.

Bereits in den beiden Vorjahren haben in Argentinien mit Mauricio Macri, in Chile mit Sebastián Piñera, in Peru mit Pedro Pablo Kuczynski, in Guatemala mit Jimmy Morales und mit Juan Orlando Hernández in Honduras dem in der letzten Dekade erfolgten, kometenhaften Aufstieg der Phalanx linker Präsidenten wie Hugo Chavez (Venezuela), Daniel Ortega (Nicaragua), Salvador Sanchez Ceren (El Salvador), Rafael Correa (Ecuador), Evo Morales (Bolivien), Ricardo Lugo (Paraguay), Pepe Mujica (Uruguay) und Christina Kirchner (Argentinien) durchbrochen oder zumindest ein ultrakonservatives Gegengewicht entgegengesetzt. Ist damit das Ende der roten Fahnenstange erreicht, von der Fidel Castro einmal behauptet hatte, sie stelle die „zweite Unabhängigkeit“

(*la segunda independencia*) dar?

Mexiko: Hoffnung auf Wahlen ohne Betrug

Diese Frage ist so leicht nicht zu beantworten. Denn die beiden Giganten des lateinamerikanischen Kontinents, Mexiko und Brasilien, befinden sich gerade jetzt in einem Wahlkampf der kontroversieller nicht sein könnte. In Mexiko liegt bei den für den 6. Juni anberaumten Wahlen Andres Manuel López Obrador (AMLO), der Kandidat der linken MORENA-Partei, der bereits zum dritten Mal antritt, den Meinungsumfragen zufolge um mehr als 15 Prozentpunkte an der Spitze, gefolgt von Ricardo Anaya, der sowohl die rechtskonservative *Partido de Acción Nacional (PAN)* als auch die ehemals sozialdemokratisch orientierte *Partido de la Revolución Democrática (PRD)* repräsentiert. Weit abgeschlagen ist den Umfragen zufolge José Antonio Meade, der Kandidat der historischen *Partido Revolucionario Institucional (PRI)*, aus der der völlig diskreditierte gegenwärtige Präsident Enrique Peña Nieto hervorgegangen ist.

„Wenn alles mit rechten Dingen zuginge müsste AMLO gewinnen“, sagen die allermeisten MexikanerInnen. Doch das ist gerade das Problem in einem Land, dem nicht zu Unrecht die Weltmeisterschaft in der Kunst des Wahlbetrugs nachgesagt wird. So hat die Wahl von Juan Orlando Hernandez in Honduras im November vergangenen Jahres, bei der nach der Auszählung von über 50 Prozent der Stimmen plötzlich die Computer ausgefallen sind, Erinnerungen an das Jahr 1988 in Mexiko geweckt, bei der dem Kandidaten der Linken, Cuauhtemoc Cárdenas, der Sieg auf die gleiche Weise aberkannt wurde. Aber auch der Mord an dem linksliberalen Luis Donaldo Colosio im Jahr 1994, der bis heute noch nicht aufgeklärt ist, hat tiefe Spuren im Bewusstsein der mexikanischen WählerInnen hinterlassen.

Brasilien: Rechtsextremer Kandidat sorgt vor

Ein Konflikt ganz anderer Art zeichnet sich bei den im Oktober anberaumten Wahlen in Brasilien ab, wo es der politischen

Rechten im Mai 2016 gelungen war, die amtierende Präsidentin Dilma Rousseff in einem Staatsstreich ähnlichen Impeachment-Verfahren abzusetzen und durch den der Korruption verdächtigen Michel Temer von der Regierungspartei Demokratische Bewegung Brasiliens (PMDB) zu ersetzen. Nachdem bekannt wurde, dass der Vorgänger Rousseffs, der allseits beliebte Gewerkschaftler Luiz Inácio „Lula“ da Silva, mit ebenso hohen Werten wie Manuel Lopez Obrador in Mexiko an der Spitze der Meinungsumfragen steht, wurde er von einem Gericht in zweiter Instanz wegen eines unbewiesenen Hauskaufs, den ihm angeblich der Baulöwe Odebrecht zugeschanzt hätte, zu 12 Jahren Haft verurteilt.

Das ist einer der Gründe, warum der Wahlkampf zurzeit nahtlos in einen Straßenkampf überzugehen scheint. So hat der rechtsextreme Präsidentschaftskandidat Jair Bolsonaro dafür gesorgt, dass der Gouverneur von Río de Janeiro nach einem sehr regierungskritischen pro-Lula Karneval über diese Weltstadt den Ausnahmezustand verhängt. Aber auch die ehemalige Umweltministerin Marina da Silva, die sich schon vor Jahren von Lula getrennt hatte, kann sich Chancen ausrechnen, das höchste Amt im Staat zu erlangen.

Kolumbien: Spannungen erwartet

Ähnliche Spannungen zeichnen sich auch in Kolumbien ab, wo Iván Duque, ein enger Vertrauter des Rechtspopulisten und Kriegshetzers, des ehemalige Langzeitpräsidenten Alvaro Uribe auf die linksliberale Koalition unter Führung von Gustavo Petro stößt, auf den Anfang März ein Anschlag verübt wurde.

Costa Rica: Stichwahl im April

Die Liste der konfrontativen Wahlkämpfe könnte beliebig fortgesetzt werden: etwa in Costa Rica, wo sich der bis vor kurzem unbekannte Fabricio Alvarado Muñoz in die erste Reihe katapultiert hat. Vier Jahre lang vertrat der evangelikale Prediger als einziger Abgeordneter die rechtsevangelikalen Splitterpartei Restauración Nacional (RN) im Parlament, wo er gegen Homosexuellenrechte, Abtreibung und vermeintliche

„Genderideologie“ in den Bildungsplänen agitierte. Als Präsidentschaftskandidat gewann er am 4. Februar nun mit 24,9 Prozent der Stimmen den ersten Wahlgang und wird im April in der Stichwahl gegen den Kandidaten der sozialdemokratischen Regierungspartei PAC, Carlos Alvarado Quesada, der mit 21,6 Prozent den zweiten Platz belegte, antreten.

Paraguay: Mögliche Linkswende

Dass aber auch ein Comeback der Linksliberalen möglich ist, wenn sie aufhören, sich untereinander zu streiten, zeigen die Wahlprognosen in Paraguay, wo eine breite Allianz zwischen den Liberalen und zwei linken Gruppierungen, denen auch der ehemalige Präsident und Bischof Fernando Lugo angehört, wahrscheinlich die alteingesessene rechtsextreme Colorado-Partei besiegen wird, die Lugo vor einigen Jahren abgesetzt hatte.

El Salvador: Linke geschwächt

Dafür haben im zentralamerikanischen El Salvador die seit 2015 im Amt befindlichen ex-Guerrilleros von der *Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional (FMLN)* bei den letzten Parlamentswahlen gegenüber der rechtsradikalen ARENA-Partei am 4. März eine empfindliche Niederlage erlitten – nicht zuletzt deshalb, weil sie sich allzu sehr auf ihren Propagandaapparat verlassen haben und wenige Erfolge auf dem Gebiet der Wirtschaft (Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Banden(un)wesens) nachweisen konnten.

Venezuela: Am Rande der Eskalation

Das gleiche Schicksal könnte auch den venezolanischen Staatspräsidenten Nicolas Maduro treffen, der im Unterschied zu seinem berühmten Vorgänger Hugo Chavez die seit zwei Jahren überhand nehmende Wirtschaftskrise nicht in den Griff bekommt; bloß, dass sich die rechtsradikale Opposition insoweit verschätzt haben dürfte, dass sie mit ihrem Wirtschaftsboykott und einer sich ausufernden Gewaltwelle gegen Maduro auch sich selbst ins eigene Fleisch geschnitten haben und gerade jetzt, wo es darum ginge, in Bezug auf die am 20. Mai stattfindenden

Wahlen vor der notleidenden Bevölkerung ein Bild der Einheit zu zeigen, heillos zerstritten sind. Das wiederum befeuert die Gerüchteküche, der zufolge es Donald Trump darauf abgesehen hätte, eine direkte militärische Intervention zu wagen, die jedoch angesichts der Unterstützung der venezolanischen Armee für den Nachfolger von Hugo Chavez wenig aussichtsreich wäre.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es je nach Land, durchaus unterschiedliche Szenarien gibt, welche noch keine Einschätzung, was das daraus resultierende Gesamtbild betrifft, zulassen. Der Teufel liegt im Detail – oder am Ende doch, wie schon so oft in der Geschichte Lateinamerikas, im Weißen Haus in Washington?

Für Interviews und weitere Infos:

Mexiko-Zentralamerika, Brasilien und Venezuela – Leo Gabriel: lgabriel@gmx.net

Kolumbien – Ralf Leonhard: ralf.leonhard@aon.at

Guatemala – Hermann Klosius: igla@aon.at

Paraguay – Georg Grünberg: grunberg@lai.at

Nachrichten und Analysen zu Lateinamerika finden Sie z.B. auch unter: <https://amerika21.de/>

Leo Gabriel ist Lateinamerika-Experte, freier Journalist beim ORF und befindet sich derzeit beim Sozialforum 2018 in Salvador de Bahia.

Interviewmöglichkeit mit kolumbianischen Aktivistinnen

Für eine Zukunft ohne Gewalt – Frauen als Friedensstifterinnen

Exklusivinterviews mit kolumbianischen Aktivistinnen für Frauenrechte und Frieden

am 21.2., 24.2., 26.2., 1.3. oder 2.3.2018 in Wien

Ana Maria Berrio Ramirez, Mitglied von „Vamos Mujer“, Beraterin von Frauen am Land

Melissa Villegas Franco, Mitglied von „Vamos Mujer“, Beraterin von Mädchen am Land

Sichern Sie sich einen Interviewtermin (inkl. beigelegter Übersetzerin) im Pressereferat der Katholischen Frauenbewegung Österreichs: elisabeth.ohnemus@kfb.at, Tel. 0699/81426947 und/oder treffen Sie die Projektpartnerinnen beim Benefizsuppenessen der Aktion Familienfasttag der kfbö:

Einladung zum Benefizsuppenessen der Aktion Familienfasttag der kfbö mit den Projektpartnerinnen von „Vamos Mujer“

am 20. Februar 2018, 17.00 Uhr, im österreichischen Parlament

(bitte um Anmeldung ebenfalls im Pressereferat)

Soziale Ungerechtigkeit, die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen, Umweltzerstörung, eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, ökonomische und politische Unterdrückung führen weltweit zu einer jährlich steigenden Zahl an Kriegen und bewaffneten Konflikten. Die Austragung dieser Kriege und Konflikte findet hauptsächlich auf dem Rücken der Zivilbevölkerung statt, insbesondere Frauen sind von den daraus resultierenden Folgen betroffen, sind Gewalt ausgesetzt oder müssen sich auf die Flucht begeben. In Konfliktlösungs-

und Friedensprozesse werden Frauen aber nur wenig involviert.

Die „Aktion Familienfasttag“ der Katholischen Frauenbewegung Österreichs beschäftigt sich daher in den Jahren 2017/2018 unter dem Titel „Friedensaktiv – Frauen für eine gerechte Welt“ schwerpunktmäßig mit den Lebensrealitäten von Frauen in bewaffneten Konflikten sowie ihrer Rolle in Friedensprozessen.

In den Mittelpunkt ihrer Bildungs- und Spendeninitiativen während der Aktionszeit im Februar und März 2018 stellt die Katholische Frauenbewegung eine Partnerorganisation in Kolumbien: „**Vamos Mujer**“. „Vamos Mujer“ setzt sich ein für ein Ende der Gewalt an Frauen und Mädchen, die sowohl infolge des jahrelangen Bürgerkriegs im Land als auch aufgrund des allgemeinen Machismo erschreckend hoch ist. Die Botschaft von „Vamos Mujer“: Staat wie Individuum und Gesellschaft müssen aktiv werden und einen Bewusstseinswandel vollziehen, zudem die Genderperspektive in den Friedensprozess einbeziehen, soll der Frieden, um den gerungen wird, nachhaltig wirksam sein – es braucht die Frauen als Friedensstifterinnen.

[Bildungsbehef2018](#), u.a. mit Bericht zu „Vamos Mujer“ auf S. 18 sowie allgemeinen Informationen zu Kolumbien und dem aktuellen Friedensprozess; kurze Selbstportraits der beiden Projektpartnerinnen Ana Maria Berrio Ramirez und Melissa Villegas Franco

Einen Videobeitrag zum Projekt „Vamos Mujer“ finden Sie unter https://www.youtube.com/channel/UCr3KlpTiJlHXXmloi_rt9c0

[Interviewmöglichkeit](#)

–

Bergbau zerstört Mensch und Umwelt in Bolivien

Der Projektpartner der Dreikönigsaktion, Marco Gandarillas aus Bolivien, ist zu Gast in Wien.

Am Freitag, den 20.10.2017 von 9.00-13.00 Uhr, steht er für Pressegespräche zur Verfügung.

Marco Gandarillas spricht spanisch, für Übersetzung ist gesorgt; Ort: Dreikönigsaktion, Wilhelminenstraße 91/2/f, 1160 Wien

Bitte um Terminvereinbarung.

Verschmutzung von Trink- und Grundwasser durch Bergbau-Unternehmen, Steuer- und Abgabenvermeidung durch illegale Gold-Exporte, Förderung von Bodenschätzen in Naturschutzgebieten, zweifelhafte Infrastrukturprojekte wie Straßenbauten durch indigene Territorien – Marco Gandarillas prangert als Direktor der Partnerorganisation der Dreikönigsaktion CEDIB, dem Zentrum für Dokumentation und Information Bolivien (www.cedib.org), immer wieder das verantwortungslose Verhalten transnationaler Konzerne sowie politische Entscheidungen, um deren Interessen zu bedienen, an.

Am kommenden Montag, 23.10. werden in Genf die Verhandlungen für ein verbindliches UN-Abkommen zur Verantwortung von Konzernen in Genf fortgesetzt. Der UN-Prozess zur spezifischen menschenrechtlichen Verantwortung von (transnationalen) Konzernen wurde 2014 von Ecuador und Südafrika im UN-Menschenrechtsrat initiiert. Durch eine Resolution wurde eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein rechtsverbindliches Abkommen erarbeiten soll, um Menschenrechtsvergehen zu verhindern und Betroffenen im Schadenfall Zugang zu Rechtsmitteln zu verschaffen. Anfang

Oktober wurden erste Elemente, die ein solches Abkommen beinhalten soll, zur Diskussion vorgelegt.

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und sozialen Bewegungen ist CEDIB in der „[Globalen Kampagne gegen Straflosigkeit von Unternehmen](#)“ aktiv, die sich für ein möglichst wirkungsvolles Abkommen einsetzt.

Gemeinsam rufen die Organisationen derzeit mit einer [Online-Petition](#) die aktuelle und zukünftige österreichische Bundesregierung auf, sich aktiv und konstruktiv in den UN-Prozess für ein Konzern-Abkommen einzubringen:

Marco Gandarillas ist Soziologe, Sozialforscher und Direktor des Zentrums für Dokumentation und Information Bolivien (CEDIB). Ziel von CEDIB ist die Förderung von politischer Partizipation sowie sozialen und politischen Veränderungsprozessen durch Forschungs – und Informationsarbeit. Inhaltlich befasst sich CEDIB v.a. mit den Themen strategische Ressourcen, urbaner Raum und Förderung von Demokratie. www.cedib.org

Informationen zum UN-Prozess :
http://www.dka.at/fileadmin/dk/02_schwerpunkte/Kurzinfo_Treaty_Prozess_DKA_e_a_2017.pdf

Rückfragen: Christian Herret, Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar, +43 676 880 11 1071, christian.herret@dka.at

Lesung: „Die Rache der

Mercedes Lima“, 21. September in Wien

Am „Internationalen Tag des Friedens“ der Vereinten Nationen am [21. September](#) 2017 wird der Journalist und Schriftsteller Arnoldo Gálvez Suárez, im Gespräch mit Ilija Trojanow seinen jüngsten Roman „Die Rache der Mercedes Lima“ im C3-Centrum für Internationale Entwicklung vorstellen.

Arnoldo Gálvez Suárez, geboren 1982 in Guatemala-Stadt, gilt als eine der wichtigsten jungen Stimmen Zentralamerikas. Sein Debütroman „Los Jueces“ (2008) wurde mit dem „Mario Monteforte Toledo Prize for Fiction“ ausgezeichnet. Der vorliegende Roman – sein erster ins Deutsche übersetzter – erhielt 2015 den „BAM Letras Prize for Fiction“.

Das literarische Schreiben brachte ihn auch zum Journalismus, zu einer Zeit da die digitalen Medien in Zentralamerika profunde Recherchen und essayistische journalistische Texte förderten. Diese Entwicklung ermöglichte JournalistInnen eine Pressefreiheit und Unabhängigkeit, die sie in den traditionellen Redaktionen der Printmedien ihrer Länder nicht vorfanden. So entstand beispielsweise über mehrere Monate eine Chronik über das Leben im Gefängnis in Guatemala, die die rezente Geschichte des Landes beleuchtete und Einblick in die Machtspiele der Politiker bot.

<https://www.plazapublica.com.gt/content/el-circulo-rojo-i>

Seit 2011 lehrt der Journalist nun am Department für Journalismus an der *Universidad* Rafael Landívar und koordiniert von Guatemala aus das Kommunikationsteam der NGO interpeace, einer unabhängigen internationalen Organisation für Friedensarbeit mit Sitz in Genf, die sich der Aufgabe widmet in rund 20 Ländern friedensbildende Maßnahmen zu lancieren.

http://www.interpeace.org/wp-content/uploads/2015/11/2015_10_F

[our_Perspectives_Resilience_Guatemala.pdf](#)

Zur Buchpräsentation (...)

http://www.centrum3.at/veranstaltungscentrum/veranstaltungskalendar/detail/?tx_kbeventboard_pi1%5Bevt%5D=188

Venezuela: Which side are you on ... ?

Aus Venezuela berichtet **Leo Gabriel** (*Journalist, Sozialanthropologe*) und internationaler Wahlbeobachter bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung (ANC) im August 2017 in Venezuela:

Freitag, 8, September, 18 Uhr
Gußhausstraße 14/3 , 1040 Wien

Venezuela polarisiert: das Venezuela der Arbeiterviertel und ländlichen Unterschichten hält trotz Inflation und Versorgungsengpässen der Regierung von Chavez-Nachfolger Nicolas Maduro die Stange. Das Venezuela der Mittel- und Oberschichten mobilisiert kompromisslos dagegen. Der Tod der charismatischen Symbolfigur Hugo Chavez 2013, die seit 2014 stark rückläufigen Erdöleinnahmen, der oppositionelle Sieg bei den Parlamentswahlen 2015 und zuletzt auch der neue US-Präsident Trump haben den Regierungsgegnern den Rücken gestärkt.

Im Juli organisierte das Oppositionsbündnis "Tisch der Demokratischen Einheit" (MUD) eine inoffizielle Volksabstimmung und reklamierte sieben Millionen Stimmen gegen die Regierung Maduro. Im August folgten nach offiziellen

Angaben acht Millionen dem Aufruf der Regierung eine neue Verfassunggebende Versammlung zu wählen. Für das bolivarianische Venezuela eine Chance auf mehr partizipative Demokratie, für das anti-bolivarianische Lager ein totalitaristischer Putsch gegen das oppositionell dominierte Parlament.

Bis in die Linke reicht heute diese Polarisierung: der "kritischen Chavismus" sieht den bolivarianischen Prozess durch eine neue korrupte Regierungselite verraten und gefährdet, andere Teile der Bewegung mahnen zur Einheit angesichts der Drohung einer US-gestützten Rückabwicklung der sozialen Errungenschaften der letzten 18 Jahre.

Die Einseitigkeit der heimischen Medienlandschaft macht eine Diskussion auf Grundlage aktueller Beobachtungen vor Ort unerlässlich – besonders für jene, die den sozialen Aufbruch in Venezuela über viele Jahre solidarisch beobachtet und begleitet haben.